

Wortklauberei statt Politik?

Reinbek, 28. März 2017

Am Dienstag standen die Vertreter der Parteien CDU, FDP, SSW, SPD, Die Linke und Die Grünen den Schülern der Gemeinschaftsschule mit Oberstufe i.E. Rede und Antwort.

Um 09:50 Uhr versammelten sich die Jahrgänge 9 und 10 in der Schulaula. Zum Einstieg stellten sich die Vertreter der Parteien vor. Im Vorfeld wurde vor der Aula eine Befragung mit den Jahrgängen 9 und 10 durchgeführt, auf deren Grundlage eine Statistik zur möglichen Wahlbeteiligung bei der nächsten Landtagswahl am 07. Mai 2017 erstellt wurde. Mithilfe der Podiumsdiskussion sollen sich die Schüler aktiver in die Politik einbringen, hinterfragen, den politischen Diskurs besser kennenlernen und Motivation finden, am 07. Mai ihre Stimme abzugeben.

Die Bekanntmachung der Statistik sorgte für einen Moment der nicht sehr häufigen Übereinstimmung an diesem Tage. Da muss sich etwas ändern. Die Wahlbeteiligung läge bei rund 40%. Der Appell aller Politiker: Geht wählen! Die berechtigte Frage kam auf, warum die Wahlbeteiligung so niedrig sei. Die Schülerschaft äußerte sich kritisch über die Flüchtlingspolitik. Ein Schüler hinterfragte den Satz der Bundeskanzlerin Angela Merkel „Wir schaffen das!“. Aber wie? Der junge Mann habe nicht mitbekommen, dass dort etwas Richtiges geschehen sei. Wieso kämen so viele Flüchtlinge nach Deutschland und hätten teilweise mit Blick auf die Smartphones und Markenbekleidung eine bessere Ausstattung als manche deutsche Staatsbürger, kam aus einer weiteren Ecke des Publikums. Ein anderer Schüler hielt dem entgegen, dass die Aufnahme und Integration vieler Flüchtlinge der Bundesrepublik gut gelungen sei.

Die Grünen, vertreten durch Malte Harlapp, nannte es eine „Verwaltungskrise“. Deutschland sei auf so einen Andrang nicht genug vorbereitet gewesen. Um eine schnellere Bürokratie zu gewährleisten, würden Die Grünen ein Einwanderungsgesetz verlangen, das kommunale und finanzielle Probleme besser regelt.

CDU-Politiker Lukas Kilian erklärte, die Mobiltelefone der Flüchtlinge brächten diese größtenteils selber mit. Er schilderte den Schülern das Szenario, sie müssten flüchten und hätten die Möglichkeit etwa drei Gegenstände in der Eile zu greifen, welche wären diese? Da stünde das Mobiltelefon

häufig an erster Stelle. Es gewährleiste u.a. den Kontakt innerhalb der Familie aufrechtzuerhalten. Eines der wenigen Dinge, die ihnen bliebe. Martina Bornstein von der Linken schließt zu Beginn eine Zusammenarbeit mit jeglichen rassistischen/ faschistischen Parteien aus. Außerdem kritisiert sie den Begriff der „Flüchtlingswelle“. Eine Welle überschwemme ein Land und wäre sehr negativ konnotiert. FDP-Politiker Dennys Bornhöft kritisierte eine häufig unnötig verursachte Ausbremsung der Politik durch Wortklauberei, anstatt

sich mit den wichtigeren Problemen auseinanderzusetzen. Dadurch könne die Stimme der Politik in der Bevölkerung nicht ausreichend ernst genommen werden. Zudem betont er abermals die Wichtigkeit des Wahlaktes. Denn wer nicht wählt und damit keine Meinung vertritt, könne Politikern theoretisch egal sein.

Sybilla Lena Nitsch von der Partei SSW antwortete auf die Frage der Ausstattung der Flüchtlinge



von links beginnend: Die Linke (Martina Bornstein), FDP (Dennys Bornhöft)
CDU (Lukas Kilian), SSW (Sybilla Lena Nitsch), Nikolaus Klebert, Die Grünen
(Malte Harlapp), SPD (Martin Habersaat)

damit, dass es viele Sachspenden gäbe. In ihren Augen gäbe es keine Krise, sondern diese sei konstruiert worden. Migration sei bereits seit den 50er/60er Jahren allgegenwärtig und eine Integration dieser Menschen wäre auch möglich gewesen. Sie schaue mit humanistischer Überzeugung auf die Gesamtsituation. Hilfe wäre das Wichtigste. Diese würde durch eine Asylbestimmung oder ein Gesetz vereinfacht werden. Menschen könnten schneller Arbeit finden, an Sprachkursen teilnehmen und sich somit als Mitglied in der Gesellschaft integrieren.

Martina Bornstein sähe Deutschland zudem in der Pflicht, diese Menschen aufzunehmen, die vor Krieg und Terror flüchten. Schließlich sei Deutschland einer der größten Waffenexporteure und damit indirekt am Krieg beteiligt.

„Wir schaffen das!“, SPD-Politiker Martin Habersaat konkretisierte, was solle Frau Merkel auch anderes sagen. Eine Bundeskanzlerin, die sich vor die Bevölkerung stelle und sage, sie sei verzweifelt und wisse auch nicht, was zu tun wäre, würde noch mehr Unruhe verbreiten. Außerdem habe Deutschland in den letzten Jahren andere EU-Staaten in Sache Flüchtlingsaufnahme im Stich gelassen. Griechenland und Italien würden mit dem Flüchtlingszuwachs zu kämpfen gehabt haben, da Flüchtlinge zuerst deren Staatsgebiet erreichten. Auf Unterstützung seitens Deutschland sei gewartet worden - vergeblich. Dank der fehlenden Unterstützung Deutschlands, habe sich der Staat den Weg für Fremdhilfe größtenteils verbaut.

Trotzdem sei die mögliche Konfrontation mit Flüchtlingen schon länger bekannt. In den letzten Jahren zeigten Millionen Afrikaner Interesse daran, nach Europa zu gelangen, so Dennys Bornhöft. Die Realisierungsmöglichkeiten vieler Pläne blieben ungewiss. Die Schülerschaft artikulierte ihr Misstrauen gegenüber gebrochenen Wahlversprechen. Es werde viel versprochen, doch wenig eingehalten.

Dazu äußerte sich Die Grünen-Vertreter Malte Harlapp, dass fast immer Koalitionen entstehen, in denen die einzelnen Parteien nicht die Legitimität besäßen, Wahlversprechen konkret umzusetzen. Verhandlungen fänden statt, die die Interessen aller Koalitionspartner zusammenführen.

Nach einer kurzen Pause stellten sich nun die Politiker den Jahrgängen 11 und 12 vor. Ein kurzes Blitzlicht über die Themen Asylpolitik und das Bildungswesen bestimmten die weiteren 20 Minuten. Beim Thema Bildungspolitik herrscht Einigkeit darüber, dass die Schulen besser ausgestattet (Digitalisierung) und gefördert werden sollen. Die Ansätze, um diese Ziele zu erreichen, spaltet die Politiker wieder. Während die Linke (für G9) und die Grünen (für G8) diskutierten, welche Schulform die bessere sei, möchte sich die FDP lieber darauf konzentrieren, die Schüler auf Unternehmensgründungen (Start-Ups) vorzubereiten. Schüler seien nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber der Zukunft. SPD und CDU einigten sich auf mehr Lehrer für jede Schule, was förderlich für Lernfortschritte (weniger Stundenausfall) und entlastend auf Lehrer wirken würde, da sie häufig springen müssen und den Unterricht daher nicht bestmöglich vorbereiten können. Die CDU gesteht unterdessen den Fehler der Einführung von G8 ein. Das hätte für viel Chaos an Schulen gesorgt. Langsames Abitur, schnelles Abitur. Das hätte der Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein nicht gut getan. Um das Lernen noch weiter zu revolutionieren, fordern SSW und Die Grünen mehr Investitionen in die digitale Bildung. Mediendidaktik sei diesbezüglich eine gute Methode.



Nach 45 Minuten gingen die Vertreter der Parteien in die Schulcontainer. Jeweils zwei Parteien in einem Klassenraum stellten sich nochmal den Fragen und Anregungen der Klassen. Die Parteien beantworteten weitere Fragen zu den Themen Umwelt-, Bildungs-, Flüchtlings- und Sozialpolitik.

Sowohl die Schüler, als auch die Politiker empfanden den Tag als bereichernd und würden einer Podiumsdiskussion häufiger beiwohnen wollen.